



Polizei hat und ist Mehrwert!



Swen Eigenbrodt.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ist allgemein die „Kennzahl“ erfolgreicher oder optimierungswürdiger Polizeiarbeit. Ich möchte heute einmal die Aufmerksamkeit auf eine andere „Kennzahl“ richten, nämlich das Steueraufkommen bzw. die Steuereinnahmen von Bund und Ländern. Gute Steuereinnahmen sind das Ergebnis guter Polizeiarbeit. Warum ist das so?

Der Wohlstand unseres Landes und seiner Bürger hängt davon ab, ob die Wirtschaft floriert und ausreichend Arbeitsplätze vorhanden sind. Deutschland und Hessen verfügen nicht über ausreichend Bodenschätze, die an sich Wohlstand ermöglichen würden. Unser Kapital ist die Bildung und weltweit geschätzte Innovationen. Diese Innovationen begründen den herausragenden Exporterfolg Deutschlands. **Die Basisgrößen für gute Innovationen sind Zeit und Kreativität.** Der in einem hiesigen Unternehmen angestellte Ingenieur benötigt Zeit und Kreativität, um besondere Ideen und Neuheiten zu erarbeiten; beispielsweise eine Autoscheibe, die erst bei -30°C zufriert, wie sie vor einiger Zeit in Hessen entwickelt wurde. Deutschland verfügt über den Luxus, ausreichend Zeit und Kreativität verfügbar zu haben.

In anderen Ländern dieser Erde ist das nicht so selbstverständlich. Dort gibt es Lebensbedingungen, die einen Familienvater Tag für Tag fordern, seiner Familie und sich selbst den nächsten Morgen zu sichern. Hier bleibt keine Zeit für Entwicklungen, die Wohlstand begründen. Ursachen für derartige Lebensbedingungen können politische Entwicklungen, Unruhen, Kriege oder auch Naturkatastrophen sein.

Was also ermöglicht einer Gesellschaft ausreichend Zeit, um sich wirtschaftlich erfolgreich zu entwickeln? Die Geschichte – auch die deutsche – gibt uns hierauf die Antwort. Beginnt ein Land bei „0“, etwa nach politischen Umbrüchen, Kriegen oder Katastrophen, ist das allererste Ziel die Erreichung oder die Wiederherstellung einer Inneren Sicherheit. Nur wenn das gesellschaftliche Leben alltäglich in Ordnung und Sicherheit vollzogen werden kann, haben die Menschen auch

Zeit für wirtschaftliche Entwicklungen. Eine Polizeiorganisation ist stets die erste, die restrukturiert oder erneut aufgebaut werden muss. Sie soll die Innere Sicherheit garantieren, sie soll der Wirtschaft dauerhaft die Zeit für Innovationen schenken.

Aus diesem Wissen heraus beauftragt der Staat und seine Bürger die Polizei mit dieser Aufgabe. Die Finanzierung der Polizeiorganisation, die Alimentierung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und die Überweisung der Entgelte für Tarifbeschäftigte erfolgt aus Steuergeldern und ist das logisch letzte Glied der Kette: **Innere Sicherheit → wirtschaftlicher Erfolg → Wohlstand.**

Die deutschen Polizeiorganisationen legen mit ihrer Arbeit und der dauerhaften Erhaltung der Inneren Sicherheit das Fundament des deutschen Wohlstands. Ein gerechtfertigtes Organisationsverständnis, auf das alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stolz sein dürfen.

Im Dezember 2011 erlebte Deutschland eine Rekord-Steuereinnahme von 70 Mrd. Euro. Eine „Rekord-Kennzahl“, die die herausragend gute Arbeit der deutschen Polizei belegt. **Hessen ist innerhalb Deutschlands ein wirtschaftlich sehr erfolgreiches Land – die hessische Polizei und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine sehr erfolgreiche Organisation.**

Im Lichte dessen muss aus gewerkschaftlicher Sicht die Liste der „Wohlstandskürzungen“ für die Polizeibeamtinnen und -beamten der letzten Jahre noch einmal kritisch betrachtet werden.

- **1995:** Reduzierung des Weihnachtsgeldes.
- **2004:** Das nochmals gekürzte Weihnachtsgeld wird auf zwölf Monate des Jahres verteilt.
- **2004:** Das Urlaubsgeld wird gestrichen.
- **2004:** Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden ohne Lohnausgleich, spätere Einführung des Lebensarbeitszeitkontos zur Milderung.
- **2008:** Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und somit eine reale

Fortsetzung auf Seite 2



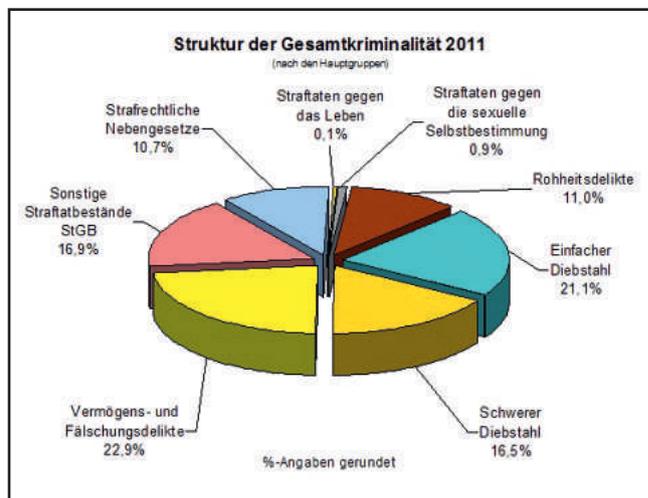
Anstieg beim Wohnungseinbruch

Seit vielen Jahren weiterhin gute Bilanz ausschließlich durch das hohe Engagement der Polizeibeschäftigten.

Die hohe Aufklärungsquote ist umso höher zu bewerten, wenn man die täglichen Rahmenbedingungen der polizeilichen Arbeit betrachtet. Die zunehmende Belastung spiegelt sich unter anderem in Millionen von Überstunden unserer Kolleginnen und Kollegen wider und macht die anhaltend defizitäre Personalsituation deutlich. Auch hierauf weist die GdP seit Jahren kontinuierlich hin.

Neben dem uneingeschränkten Lob für die Polizeibeschäftigten ist das veröffentlichte Ergebnis auch kritisch zu hinterfragen. In der Summe wurden gegenüber dem Vorjahr rund 2000 Straftaten weniger aufgeklärt und in der Gesamtheit weniger Straftaten registriert. Maßgeblich hierfür sind insbesondere eine hohe Arbeitsverdichtung und anhaltender Personalmangel.

Bei genauerer Betrachtung der Kriminalstatistik fällt auf, dass sich die Rohheitsdelikte unverändert auf einem besorgniserregend hohen Niveau befinden! Das bestätigt die Aktivitäten der GdP! Das Thema Gewalt, insbesondere auch gegen Polizeibeamte, trägt die GdP mit der Kampagne „Auch Mensch“ in den letzten Monaten immer wieder in die Öffentlichkeit.



Bemerkenswert ist die hohe Zunahme von Wohnungseinbrüchen. Unsere Mitglieder stellen fest, dass ein offensichtlich verändertes Täterverhalten ursächlich für diesen Deliktsanstieg und ein gleichzeitig schwindendes Sicherheitsgefühl der Bürger ist.

Jörg Bruchmüller

VORWORT

Fortsetzung von Seite 1

Pensionskürzung für künftige Polizeigenerationen.

- **2004:** Durch Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder eine allgemeine Abkopplung der Gehaltsentwicklung von Angestellten und Beamten von den Tarifverhandlungen des Bundes.
- **2004:** Neuverträge im Tarifbereich und Höhergruppierungen gehen einher mit einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich.
- **2009:** Verspäteter und nicht inhaltsgleicher Übertrag der Tarifverhandlungen auf den Beamtenbereich.
- **Aktuell:** Verspätete und nicht inhaltsgleiche Übernahme des Tarifkonsenses der Gewerkschaften mit dem HMDIuS auf den Beamtenbereich und Gewährung einer Einmalzahlung lediglich für Anwärter und Beamtinnen und Beamte bis A 11. Damit wird erstmals nicht nur der Angestellten- und Beamtenbereich auseinanderdividiert, sondern nun auch innerhalb der Beamtenschaft mit zweierlei Maß gemessen.
- **Geplant:** Einsparungen von ca. 30 Mio.

€ im Bereich der Beihilfe und hierdurch eine bewusste Schlechterstellung von insbesondere kinderreichen Beamtenfamilien.

Wie wertvoll und kompetent die Arbeit der deutschen Polizei im Sinne des oben genannten Aufgabenspektrums ist, belegen auch die zahlreichen Auslandsmissionen. Die Missionen erfüllen genau diesen fundamentalen Auftrag, schnellstmöglich eine Innere Sicherheit für das begünstigte Land zu erreichen.

Eine für Hessen und Deutschland wertvolle Aufgabe, die jedoch durch die Summe an erfolgten Kürzungen nicht die gebührende Wertschätzung erfährt. An dem erarbeiteten Wohlstand des Landes sollten die Polizeibeschäftigten ihren angemessenen Anteil erhalten. Dies wird nicht durch wiederkehrende „Wegnahmen“ erreicht. Wertschätzung wird so nicht zum Ausdruck gebracht.

Unser Land, unser wirtschaftlicher Erfolg und unser Wohlstand brauchen auch in Zukunft hoch motivierte und engagierte Polizeibeschäftigte, die unsere Innere Sicherheit bewahren.

Swen Eigenbrodt



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerck (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



AUS DEM LANDTAG

Nicht ohne gesetzlichen Schutz

Die Gewerkschaft der Polizei fordert seit Jahren ein hessisches Entsendegesetz, das die Auslandsmissionen hessischer Polizeibeamten/-innen rechtlich umfassend absichert. Wir sind der Auffassung, dass dies verfassungsrechtlich geboten ist.



Sascha Braun, Jurist des GdP-Bundesvorstandes, trug die GdP-Positionen im Innenausschuss vor.

Am 19. Januar fand eine öffentliche Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zur Erörterung eines von der dortigen SPD-Fraktion eingebrachten Gesetzesentwurfs statt: Im Vorfeld wurden unter anderem der Verfassungs- und Polizeirechtler Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger und die GdP um eine Stellungnahme zu der Gesetzesinitiative gebeten.

In der öffentlichen Anhörung führte Professor Denninger unmissverständlich aus, dass die bisher stattgefundenen Auslandsmissionen vor dem Hintergrund einer nicht vorhandenen gesetzlichen Regelung rechtswidrig seien.

Er machte deutlich, dass es für den Einsatz von Landespolizeibeamten grundsätzlich einer landesgesetzlichen Grundlage bedarf. Die hessischen Erlasse zur Regelung der Auslandsmissionen würden der verfassungsrechtlichen Not-



Auf Streife in Afghanistan.

wendigkeit nicht gerecht, so Professor Denninger.

Die Rechtsauffassung der GdP zur Notwendigkeit eines hessischen Entsendegesetzes wird durch Prof. Denninger ebenfalls bestätigt. Sascha Braun, Justiziar des GdP-Bundesvorstandes, und Lothar Hölzgen unterstützten mit ihren Ausführungen diese Auffassung und forderten ein hessisches Entsendegesetz.

Wir wollen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen bei den Auslandsmissionen gesetzlich abgesichert sind und den bestmöglichen Schutz genießen. **Eigentlich eine Selbstverständlichkeit!**

gdp

TARIF-INFO

Vereinbarkeit der Staffelung der Grundvergütung nach dem Lebensalter

Durch das Urteil des EUGH vom 8. September 2011 und dem Urteil des BAG vom 10. November 2011 wurde entschieden, dass das System der Staffelung der Grundvergütung nach dem Lebensalter nach § 27 mit dem Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nicht vereinbar ist.

Alle Tarifbeschäftigten, die 2008 und 2009 einen Antrag auf Zahlung aus der höchsten Lebensaltersstufe gestellt haben, können somit auf Nachzahlungen hoffen, da zu dieser Zeit der BAT noch seine Geltung hatte.

Die Tarifbeschäftigten, die in diesen beiden Jahren keine Anträge gestellt haben, werden leer ausgehen.

Das liegt zum einen daran, dass nach beiden o. g. Urteilen in ein diskriminie-

rungsfreies Tarifsysteem übergeleitet wurde und zum anderen an der so genannten sechsmonatigen Ausschlussfrist des § 37 Abs. 1 Satz 1 TV-H (inhaltsgleich vorher § 70 BAT). D. h. Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis kann man nur bis zu sechs Monate rückwirkend geltend machen.

Bei der dreijährigen Verjährungsfrist geht es lediglich um die in 2008 und/oder 2009 geltend gemachten Ansprüche. Das Land Hessen hat für alle seinerzeitigen Antragsteller auf die Verjährungsfrist verzichtet, um einer Vielzahl von Arbeitsgerichtsprozessen entgegenzutreten.

Das bedeutet, dass alle Antragsteller aus den beiden Jahren ihre Ansprüche auch über den 31. Dezember 2011 hinaus behalten. Eine Überleitung vom alten ins

neue Tarifrecht aus den erfolgten Anträgen nach der höchsten Lebensaltersstufe wird es nicht geben.

Hier haben sich der EUGH sowie das BAG eindeutig geäußert.

Die Überleitung in das neue Tarifrecht (TVöD, TV-L, TV-H) ist rechtskonform, da es sich nicht am Lebensalter sondern an Erfahrungsstufen orientiert. Es wird also lediglich mit Ausgleichszahlungen für die beantragten Zeiträume in 2008/2009 zu rechnen sein. Der Zeitpunkt der beabsichtigten Zahlungen ist noch nicht bekannt. Hierzu gibt es aktuell noch keine Verlautbarungen von Seiten des Landes Hessen.

Sollten wir neue Informationen erhalten, werden wir wieder kurzfristig informieren.

Heinz Schiskowsky



Studienpapiere „Einsatzlehre“ im EXTRAPOL

Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol), Münster, eröffnet den Studentinnen und Studenten im zweijährigen Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des sechsmonatigen Studienkurses umfangreiche Lehrangebote im polizeilichen Einsatzmanagement.

Beim Fachgebiet „Grundlagen der Polizeilichen Einsatzlehre und Zeitlagen“ liegt der Fokus auf strategischen und taktischen Grundsätzen zur Bewältigung von Einsätzen des täglichen Dienstes und aus besonderem Anlass, einschließlich deren Vor- und Nachbereitung. Schwerpunkte sind Veranstaltungen, Versammlungen und das Phänomen „Sport und Gewalt“.

Anforderungen an das Einsatzmanagement bei Geiselnahmen und Bedro-

hungslagen aber auch bei Amoktaten, der Gefahr von Amoktaten, Entführungen und herausragenden Erpressungen sind die Themenschwerpunkte im Fachgebiet „Einsatzlagen der Schwerekriminalität“.

Das Fachgebiet „Polizeiliches Krisenmanagement“ beschäftigt sich mit größeren Gefahren- und Schadenslagen sowie Katastrophen (GGSK) nach Naturereignissen, Unfällen oder (terroristischen) Anschlägen. Im Blickpunkt steht vor allem die Zusammenarbeit der Beteiligten der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr.

Unter dem Gesichtspunkt der fächerübergreifenden Ausrichtung des Studienangebots der DHPol werden die Lehrangebote der „Einsatzlehre“ durch die Fachgebiete „Strafrecht“, „Öffentliches Recht“, „Kriminalistik“ und Psycholo-

gie“ ergänzt. Die Studierenden erhalten von den drei Fachgebieten „Einsatzlehre“ themenbezogene Studienpapiere. Das Studienpapier „Geiselnahmen und Bedrohungslagen“ führt über die maßgeblichen Begriffsbestimmungen, Ausführungen zum Lagebild sowie zu ausgewählten psychologischen und rechtlichen Aspekten an die wesentlichen Gesichtspunkte zur Bewältigung dieser komplexen und dynamischen Einsatzlagen heran.

Die aktuellen Auflagen verschiedener Studienpapiere, die sich nicht ausschließlich an die Zielgruppe des höheren Dienstes richten, wurden im EXTRAPOL veröffentlicht. Nachfragen bei: Deutsche Hochschule der Polizei, Tel. 0 25 01/806-230, E-Mail: norbert.reckers@dhpol.de oder pressestelle@dhpol.de

DHPol/gdp

BUCHBESPRECHUNG

Um Leben und Tod



Neun Jahre ist es mittlerweile her und noch immer beherrscht Magnus Gäfgen, der Entführer des damals elfjährigen Jungen Jakob von Metzler, die Schlagzeilen. Aktuell hat das Gericht dem Kindermörder Magnus Gäfgen sogar 3000 Euro Entschädigung zugesprochen.

Jakob von Metzler war bereits vier Tage verschwunden, die Chancen auf das Überleben des Kindes schwanden minütlich – doch der Tatverdächtige Magnus Gäfgen verriet auch nach tagelangen Vernehmungen den Aufenthaltsort des Jungen nicht. Als letztes Mittel kündigte schließlich Kriminalhauptkommissar Ortwin Ennigkeit auf Weisung des Frankfurter Polizeivizepräsidenten Gäfgen die „Zufügung von Schmerzen“ an, falls er das Versteck des Kindes nicht endlich verrate. Doch die Hoffnung, den Wettlauf gegen die Zeit zu gewinnen und Jakobs Leben zu retten, erfüllte sich nicht: wie sich später herausstellte, hatte Magnus Gäfgen den Jungen bereits unmittelbar nach der Entführung getötet. In der Folge entbrannte eine beispiellose rechtspolitische Diskussion über „Folter“: In wahren Leserbrieffluten wurden die Ermittler als Helden gefeiert, wäh-

rend sie sich vor Gericht wegen Verletzung der Menschenwürde verantworten mussten. Zum ersten Mal erzählt der Ermittler Ortwin Ennigkeit von der schwersten Entscheidung seines Lebens: Was wiegt schwerer? Die Menschenwürde des Tatverdächtigen oder das Leben des entführten Kindes?

In seinem Buch schildert Ortwin Ennigkeit seine Ermittlungen, den Ablauf jener so verzerrt wahrgenommenen Vernehmung vom 1. Oktober 2002 und die folgende Diskussion um die Menschenwürde eines Mörders.

Ortwin Ennigkeit
Barbara Höhn

Heyne; Gebunden, 272 Seiten, 16,99 Euro. ISBN: 978-3-453-17216-6



WECHSEL IM LANDESVORSTAND

Swen Eigenbrodt neuer Kripo-Vertreter

Einen Wechsel beim „Kripo-Vertreter“ hat es jetzt im Landesvorstand der GdP Hessen gegeben. Als Nachfolger von Ralf Humpf hat Jörg Bruchmüller mit KOR Swen Eigenbrodt, Leiter des Fachbereichs 4, Sonderlagen/ Spezialeinheiten an der Polizeiakademie Hessen, einen Mann gefunden, der bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Jörg Bruchmüller kennt ihn bereits seit der Zeit der Ausbildung zum mittleren Dienst und spricht ihm eine große soziale Kompetenz zu.

Swen Eigenbrodt hat ist seit 21 Jahren bei der Polizei, fast ebenso lange in der GdP und seit drei Jahren Leiter des Fachbereichs 4. Er wurde im Siegerland als Sohn hessischer Eltern geboren, wohnt in Flörsheim am Main, ist verheiratet und hat eine Tochter im Alter von fünf Jahren. Seine Ehefrau ist ebenfalls Polizistin und arbeitet im Hessischen Landeskriminalamt. Er wolle die neue Aufgabe „redlich und seriös“ erfüllen, sagte er in einem Vorstellungsgespräch. Er habe mehrere Seminare der GdP besucht, was ihm auf seinem Weg in den höheren Dienst geholfen habe. Mit einem Märchen räumte er gleich auf, dass nämlich der höhere Dienst mehr verdiene. Da würden viele Stunden einfach nicht berechnet. Würde man es machen, bekäme man pro Stunde rund 30 Cent mehr. Es stimme auch nicht, dass im höheren Dienst „keine echte Polizeiarbeit gemacht wird“. Sein Argument: „Frontkämpfer“ brauchen eine



KOR Swen Eigenbrodt, neuer Kripo-Vertreter im Landesvorstand der hessischen GdP. nw

entsprechende Organisation. Der höhere Dienst sei der Organisationsentwickler. Er wisse, was Polizeiarbeit ist, wisse, was „unten geschieht“, sonst könne er nicht führen. Swen Eigenbrodt hat 2005 bis 2007 in Münster studiert. In den letzten Monaten hat er nachträglich seine Masterarbeit im Themenkomplex Führung

und Sonderlagenmanagement geschrieben, die im März dieses Jahres dem Prüfungsamt der DHPol vorgelegt werden wird. Als zusätzliche Aufgabe hat Swen Eigenbrodt eine Leitungsfunktion in einem EU-Twinningprojekt für die Polizei Hessen übernommen und erarbeitet momentan gemeinsam mit dem BKA und der Polizei der Republik Österreich Empfehlungen für die Türkische Nationalpolizei.

Graben zwischen „S“ und „K“ langsam zuschütten

Swen Eigenbrodt freut sich, dass er als „höherer Dienstler“ in der GdP aktiv sein kann. Er wolle gerne Kripo-Arbeit machen und könne sich auch vorstellen, das Seminarangebot der GdP zu erweitern. Er möchte seinen Teil dazu beitragen, den Graben zwischen Kripo und Schupo langsam zuzuschütten. Dieser Graben sei nicht zeitgemäß und erschwere eine erfolgreiche polizeiliche Zukunft. Der Gegensatz Kripo:Schupo sei nur etwas fürs Kino. Der Kripo-Mann verwies darauf, dass er in den Gewerkschaften „Organisationswächter“ sehe, die sich von Anfang an gegen die Ausbeutung von Beschäftigten eingesetzt hätten. Eine getrennte Ausbildung von „S“ und „K“ sei nicht im Sinne einer einheitlichen Polizeiorganisation. Jeder müsse die grundsätzliche Polizeiarbeit beherrschen und sich später nach seiner Fähigkeit spezialisieren. **nw**

HESSISCHE POLIZEISTIFTUNG

Spendenscheck übergeben

Im Oktober 2011 feierte die Gewerkschaft der Polizei Hessen ihren 60. Geburtstag. Hierzu wurde ein Festakt im historischen Kaisersaal des Frankfurter Römer durchgeführt. Für den Personalrat der hessischen Bereitschaftspolizei ein geeigneter Rahmen, um seine Nähe zu den Beschäftigten der hessischen Polizei zu zeigen, die in Not geraten sind.

Das amtierende geschäftsführende Personalratsteam übergab dem Vorsitzenden der Hessischen Polizeistiftung, Jens Mohrherr, einen Scheck in Höhe von 500 Euro. Übrigens kann man, wie



Spendenscheck übergeben, v. l.: Roland Kramer, Detlef Otto, Jens Mohrherr, Sandra Temmen und Valentin Müller.

ich auch, Fördermitglied bei der Hessischen Polizeistiftung werden und damit Solidarität zu in Not geraten Kolleginnen und Kollegen zeigen.

Der Vorsitzende der Hessischen Polizeistiftung bedankte sich beim Personalrat der HBP und hofft darauf, dass diesem Beispiel hoffentlich noch viele folgen mögen.

Roland Kramer



3-Stunden Rennen plus Qualifying in Limburg – Eine der größten Indoor Kartbahnen Deutschlands!

Anmeldung erforderlich! Nähere Informationen zum Rennen und das Anmeldeformular findet ihr auf der Homepage. Ausrichter sind die Landesjugendvorstände der JUNGE GRUPPE (GdP) Bundeskriminalamt, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Anfragen an den Rennkoordinator bitte unter: Kart@Hunter-Racing.de




JUNGE GRUPPE **FAUNA GRUPPE** **PVAG** **KART** **HUNTER-RACING** **www.kart.com**

BLAULICHT MILIEU PARTY

für Polizei, Ordnungsamt, Zoll, Justiz, Krankenhaus, Feuerwehr & Freunde

Donnerstag, 29.03.2012 ab 17 Uhr

DJ HOTZI (von Cop zu Cop)

Location: **MAGENTALOUNGE**
Rheinstr. 40-42 | 64283 Darmstadt

Kartenvorverkauf:
Antonio Pedron, Personalrat PP Südhessen
Tim Türke, JUNGE GRUPPE, PAST Südhessen
sowie die Vertrauensleute vor Ort

Mitglieder der GdP haben freien Eintritt + 1 Getränk gratis
Nichtmitglieder 3 € inkl. 1 Getränk gratis

PVAG **JUNGE GRUPPE**

ORDNUNGSPOLIZEI

Teil der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Frei nach dem Motto: „Wer weiß was?“ gehen die Meinungen und das Wissen über die Rechte und Pflichten der Ordnungspolizei weit auseinander.

Viele Aufgaben, die von der Ordnungspolizei wahrgenommen werden, liegen noch außerhalb der Kenntnisse der meisten Bürgerinnen und Bürger. Selbst im Bereich unserer Kolleginnen und Kollegen weiß nicht jeder, welche Aufgaben von diesen wahrgenommen werden und wie weit man die Ordnungspolizei mit einbinden darf und kann.

An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal den § 99 Abs. 2 HSOG zitieren.

Darin heißt es: „... haben Hilfspolizeibeamte im Rahmen ihrer Aufgaben die Befugnisse von Polizeivollzugsbeamten ...“

Während in Städten wie Frankfurt die Ordnungspolizei – dort auch Stadtpolizei genannt – bereits seit Jahren stark präsent ist, halten die Kolleginnen und Kollegen mit entsprechend vielen Pflichten und Rechten auch nach und nach in den kleinen Kommunen Einzug.

Die Kompetenzen und Aufgaben gehen hierbei weit auseinander. Viele kennen die im Volksmund auch „Knollenmaus“ genannte Politesse, die im Stadtgebiet umherzieht und „blaue Zettel“

verteilt. Im Unterschied dazu haben Ordnungspolizeibeamtinnen und Ordnungspolizeibeamte jedoch viel weiter reichende Aufgaben und Befugnisse als man sich zunächst vorstellen kann. Damit ergeben sich auch im Bereich der Ausstattung starke Unterschiede.

Zunächst sei erwähnt, dass die Beschäftigten der Ordnungspolizeien, anders als die Bezeichnung vermuten lässt, nicht zwangsläufig Beamte sein müssen. Ordnungspolizeibeamte werden vom jeweiligen Landrat oder vom Bürgermeister der jeweiligen Kommune zum Ordnungspolizeibeamten bestellt. In der Re-



ORDNUNGSPOLIZEI

gel sind die Kolleginnen und Kollegen im Angestelltenverhältnis beschäftigt.

Während die bereits erwähnte Politesse meist nur mit einer modernen Form von Stift und Zettel „bewaffnet“ sind, geht es bei den Ordnungspolizeibeamten bis hin zur Berechtigung zum Tragen von Schusswaffen. Natürlich immer davon abhängig, welche Aus- und Weiterbildung sie vorweisen können, welche Aufgabengebiete sie abdecken müssen und nicht zuletzt, wie die Einstellung der Behördenleitung zum Thema „Schusswaffe“ und „Eigensicherung“ ist.

Schauen wir also mal auf eine Aufgabenbeschreibung eines Ordnungspolizeibeamten einer Kommune im Rheingau-Taunus-Kreis.

Zu seinen Aufgaben gehört natürlich die Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs. Die Überwachung städtischer Satzungen, Jugendschutzkontrollen, Feldschutz, Zwangseinweisungen nach dem HFEG und die Organisation besonderer Einsätze (auch in Zusammenarbeit mit der Landespolizei).

Hinzu kommen noch kaufmännische Tätigkeiten, Aufgaben im Bereich der Verwaltung und auch technische Fähigkeiten sind gefordert. Es werden auch Ermittlungen für die Staatsanwaltschaft und andere Behörden, im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, als Aufgabe beschrieben.

Bei all diesen Tätigkeiten ist es wichtig, dass der Ordnungspolizeibeamte über umfangreiches Wissen verfügt. Er muss sich z. B. im Bereich der StVO, der StVZO, der Hundeverordnung, des Gaststättenrechts, des Abfallrechts, des Taxigewerbes, des Waffenrechts, der Jugendschutzbestimmungen, der Lärmvorschrift, des Fischereirechts und noch einige Dinge mehr, gut auskennen. Dies nicht zuletzt, weil auch hier oftmals in Grundrechte der Bürger eingegriffen werden muss.

Darüber hinaus muss der Kollege über ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl verfügen.

Wenn man sich nun die Aufgaben und Befugnisse ansieht, kann man den Eindruck gewinnen, dass die Ordnungspolizei „Mädchen für alles“ ist.

Dies ist oftmals auch so. Leider fehlt im Regelfall aber die notwendige technische und auch oft die personelle Ausstattung bzw. die Absicherung, die ein Beamter vorweisen kann.

Grund hierfür ist, so kann man immer wieder hören, die meist leeren Kassen der jeweiligen Kommunen. Dies erinnert ein wenig an den Schutzmann im Streifenwagen, der außerhalb der üblichen



Thomas Egenolf vor Fahrzeugen der Ordnungspolizei.

Geschäftszeiten schon immer das „Mädchen für alles“ war.

Festzustellen ist, dass man sich immer mehr annähert. Dies sowohl im Aufgabebereich als auch im Aussehen.

Dies wird auch bei den Einsatzfahrzeugen oder der Uniform sehr deutlich. Inzwischen kann man die Kolleginnen und Kollegen der Ordnungspolizei/Stadtpolizei teilweise nur noch durch das Wappen bzw. die Aufschrift auf den Uniformen unterscheiden. Das Einsatzfahrzeug der städtischen Ordnungspolizisten ist nicht selten ein alter, ausgemusterter Streifenwagen.

Dass die Arbeit der Ordnungspolizisten nicht nur vom Umfang wächst, sondern auch vom Gefahrenpotenzial sieht man daran, dass es immer häufiger nötig wird, dass die Landespolizei, im Zuge der Amtshilfe, den Kolleginnen und Kollegen der Ordnungspolizei Hilfe leistet. Dies ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass die Ordnungspolizeibeamten, zumindest bei kleineren Kommunen, oftmals alleine unterwegs sind.

Auch wenn die hessische Landesregierung bei der Polizei immer wieder den Rotstift an-

setzt, so gibt es dort, zumindest im Normalfall, einen Streifenpartner, der einem zur Seite steht.

Die Amtshilfe nach dem HSOG klappt im Regelfall in beiden Richtungen reibungslos. Nicht selten entwickelt sich, im Laufe der Zeit, ein sehr enger Kontakt zwischen den Behörden der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Diese Entwicklung ist zu begrüßen, da wir alle an einem Strang ziehen müssen und somit auch immer enger zusammenarbeiten.

Die wachsende Zahl der Ordnungspolizisten sieht sich auch von Seiten des Arbeitgebers immer wieder neuen Hindernissen ausgesetzt. Einerseits will man als Kommune die Vorzüge der eigenen Ordnungspolizei im Bereich der Gefahrenabwehr und der Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs nutzen, andererseits aber die Kosten für Ausstattung und das Personal möglichst gering halten.

Hier ist noch viel Arbeit zu leisten, damit die Kolleginnen und Kollegen der Ordnungspolizei auch ihren Aufgaben entsprechend, sowohl personell als auch materiell und auch im Hinblick auf die erforderliche Eigensicherung, entsprechend ausgestattet werden.

Nicht zuletzt aus diesem Grund treten immer mehr Ordnungspolizisten in die GdP ein, da sich hier Kolleginnen und Kollegen sehr gut mit dem Tarifrecht und dem Dienst am Bürger auskennen und man somit oft auf bereits gemachte Erfahrungen zurückgreifen kann. Man fühlt sich also gut aufgehoben und auch entsprechend vertreten. So mancherorts übernehmen Ordnungspolizisten auch Aufgaben in den Vorständen der Kreisgruppen.

**Daniel Klimpke
Thomas Egenolf**

Personalratswahlen 2012



Stärke braucht Stimme!



Seniorenvorstand bietet Drei-Tage-Ausflug im April

„Frühling in der Rhön“ hat der GdP-Landesseniorenvorstand seinen Kurztrip in das Biosphärenreservat Rhön genannt.

Geplant ist eine dreitägige Tour vom 24. bis 26. April 2012. Ausgangspunkt ist das Hotel „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön.

Die Anreise erfolgt am 24. April bis 11 Uhr mit eigenem Pkw. Danach erfolgen die Zimmerzuteilung und das Mittagessen.

Am Nachmittag geht es mit dem Bus zur Gedenkstätte „Point Alpha“ an der ehemaligen „Zonengrenze“. Die Gedenkstätte „Point Alpha“ ist in ihrem Gesamtkomplex ein unvergleichliches Zeitzeugnis und ein einzigartiger Lern-Ort der Geschichte. Hier standen sich die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt vier Jahrzehnte lang Auge in Auge gegenüber. „Point Alpha“ präsentiert am authentischen Ort die Konfrontation der beiden Machtblöcke, den Aufbau der Grenzanlagen mit ihren Sicherungselementen, militärische Abläufe sowie das Leben an und mit der Grenze aus der

Sicht der Bevölkerung. Abendessen gibt es im Hotel.

Am 25. April ist eine Bustour geplant zur Wasserkuppe, dem mit 950 Metern höchsten Berg Hessens und der Rhön. Bekannt ist die Wasserkuppe nicht nur als Ausflugsziel im Sommer und Winter, sie ist auch eng verbunden mit der Geschichte des Segelflugs. Der Besuch des Segelflugmuseums gehört mit zum Tagesprogramm. Das Mittagessen wird unterwegs eingenommen.

Von der Wasserkuppe aus fahren wir zum Kreuzberg (928 m), mit Franziskanerkloster und Brauerei. Vom Berggipfel eröffnet sich der Rundblick weit in das fränkische Land, die hessische Rhön, den Thüringer Wald und den Spessart. Wir wollen die Brauerei besichtigen, das köstliche Bier genießen und hier auch zu Abend essen.

Am letzten Tag (26.) ist eine Stadtführung in Tann geplant, mit Besichtigung des Freiluftmuseums. Zum Abschluss gibt es noch ein Mittagessen und dann erfolgt die Heimfahrt.

Geplant ist diese Frühlingstour für alle Pensionäre/-innen und Rentner/-innen der GdP mit Partner/-in. Es dürfen aber auch interessierte ältere Mitglieder teilnehmen. Eine Mindestteilnehmerzahl von 30 Personen ist aus Kostengründen (Vollpension, Busausflüge, Eintrittspreise) notwendig. Der Preis beträgt 200 Euro pro Person.

Die Anmeldung muss schriftlich erfolgen bis zum 10. April an:

Gewerkschaft der Polizei, Ruth Brunner, Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden.

Die Zahlung erfolgt auf das Konto: Wiesbadener Volksbank, Konto: 6 784 003, BLZ: 510 900 00, Kennwort: „Rhön“.

Eine Kopie des Einzahlungsbelegs muss der Anmeldung beigelegt werden.

Anzugeben sind Name, Adresse, Telefonnummer und Alter. Weitere Auskünfte zu der Tour gibt es bei Hermann Müller, Telefon 0 15 25-6 12 71 59 und bei Norbert Weinbach, Tel. 0 62 51-5 28 89.

nw

KREISGRUPPE GIESSEN/WETZLAR

40 Jahre – wir feiern

Am 17. 5. 1972 erfolgte in Atzbach die Gründung der Kreisgruppe Gießen/Wetzlar. Dies nehmen wir zum Anlass, das 40-jährige Jubiläum mit allen zur Kreisgruppe verbundenen und deren Angehörigen zu feiern.

Die Veranstaltung findet am **Freitag, 11. Mai 2012, 19.00 Uhr, im Bürgerhaus Lahnau-Atzbach** statt.

Nach einem Begrüßungsgetränk und entsprechender feierlicher Würdigung ist ein gemütliches Beisammensein mit Live-Musik, Tanzdarbietungen, Zauberspielen und weiteren Vorführungen geplant.

Eine persönliche Einladung wird an alle Kreisgruppenmitglieder versandt. Wer teilnehmen möchte, kann sich unter gdpgiwz@aol.com oder unter Tel.: **06 41/70 06-20 11** anmelden. Der Eintritt ist frei!

Der Kreisgruppenvorstand

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Reiner Zey
Kreisgruppe PTLV
Jörg Emde
Petra Kugler
Lutz Muraro
Bernhard Werner
Kreisgruppe Kassel
Andreas Schmidt
Kreisgruppe PAST Baunatal

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Eberhard Cyba
Jörg-Gerhard Herberg
Klaus-Dieter Höffchen
Matthias Neu
Walter Simon
Kreisgruppe PTLV
Wolfram Bauch
Margrit Binner
Frank Blum
Reinhold Breidenstein
Dieter Engler
Lothar Förster
Manfred Fricke

Ernst-Günter Gutermuth
Egon Stenzel
Erhard Woerner
Kreisgruppe Kassel

ES VERSTARBEN

Viktor Lamparski
Herbert Köppel
Bezirksgruppe Frankfurt
Hans-Joachim Martin
Kreisgruppe Main-Kinzig

Dieter Hüskén
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf
Helmut Wunderlich
Kreisgruppe Wiesbaden
Wilhelm Henkelmann
Kreisgruppe Wolfhagen

*Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren!*

